

REZENSIONEN

Parlamentarische Opposition im Europäischen Parlament: nicht institutionell, sondern funktional gefasst

Thierse, Stefan: Governance und Opposition im Europäischen Parlament – Minderheitenrechte und Agendakontrolle im legislativen Entscheidungsprozess (Studien zum Parlamentarismus, Band 27), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, 352 Seiten, € 59,-.

Die Rolle der Opposition im parlamentarischen System und ihre Relevanz für das Funktionieren der Demokratie kann aus theoretischer Perspektive gar nicht überschätzt werden. Das bessere Verständnis der Arbeitsweisen und Techniken der parlamentarischen Minderheit stellt daher ein höchst bedeutendes Thema der Politikwissenschaft, insbesondere der Parlamentarismusforschung dar. Dennoch kann auf diesem Feld eine erhebliche Forschungslücke festgestellt werden. Nicht zuletzt die empirische Analyse von Oppositionshandeln stellt eine veritable Herausforderung dar. Das hier anzuzeigende Buch untersucht Oppositionshandeln im Europäischen Parlament und versucht dabei, nicht Perspektiven auf institutionalisierte Formen von Mehrheits- und Minderheitsaktivität zu nutzen, sondern versteht Oppositionshandeln als die „Aktivierung institutionalisierter Gelegenheitsstrukturen“ (S. 21).

Zunächst sind hier zwei zentrale konzeptionelle Überlegungen der Studie herauszustellen, die den Mehrwert des Buches darstellen. Zum einen ist die Konzentration auf das Europäische Parlament (EP) in zweierlei Hinsicht interessant und lohnenswert. Wie der Autor gleich zu Beginn feststellt, ist das EP gerade nicht durch institutionelle Formen des parlamentarischen Handelns gekennzeichnet. Weder existiert eine formal verfasste Regierung, als deren Gegenspieler die Opposition fungieren kann (sowohl Kommission als auch Rat stellen hier aufgrund ihrer Rolle als Agendasetzer zwei Organe dar, die als Widerpart zu einer Opposition verstanden werden könnten), noch kann von einer daraus resultierenden parlamentarischen Minderheit ausgegangen werden. Dieses Setting hilft, die Handlungsmuster einer Opposition hervorzuheben. Denn – und hier gleichen sich *klassische* Parlamente und EP – die Mittel und Möglichkeiten einer Parlamentsminderheit sind begrenzt. Zweitens stellt der Autor seine Studie in den Kontext der Forschung zum Demokratiedefizit in der Europäischen Union, was nicht zuletzt an der mangelnden parlamentarischen Opposition festgemacht wird. Ohne hier auf die Details der Rolle des EP im politischen System der Europäischen Union – vor allem im Zusammenspiel der supranationalen Organe und Akteure und als supra-nationale Arena des Policy-Making – einzugehen, kann die Bezugnahme auf diese beiden Stränge der Forschung als gelungen bezeichnet werden, weil so die Rolle der Opposition in demokratischen parlamentarischen Systemen herausgestellt werden kann.

Die Studie gliedert sich in einen umfangreichen Theorieteil zur Konzeption von parlamentarischer Opposition und der Arbeit im EP und nimmt hierbei Bezug auf *Robert Dahl*, *Jean Blondel*, *Winfried Steffani* und *Anthony King*. In diesen Passagen geht *Thierse* über die bisherige Forschung hinaus, indem er die Möglichkeiten und Rechte der Parlamentarier und Fraktionen im EP, Oppositionsfunktionen wahrzunehmen, in den Blick nimmt. Im Anschluss an diese Darstellungen konzentriert er sich auf die Chancen einer Minderheit,

sich aktiv am legislativen Prozess zu beteiligen, und rückt das Agenda Setting, die Chancen Änderungsanträge einzubringen und namentliche Abstimmungen durchzuführen, ins Zentrum der konzeptionellen (und später auch empirisch-analytischen) Betrachtung. Diesen Instrumenten weist er eine Schlüsselstellung für die Wahrnehmung von Oppositionsfunktionen zu und prüft sie empirisch mit den erstellten Hypothesen (S. 215 ff). Hierzu wird in einem ersten Schritt ein Datensatz zu namentlichen Abstimmungen in der 6. Wahlperiode des EP herangezogen. In einem zweiten Schritt führt *Thierse* eine tiefere Prozessanalyse (QCA) zur Erstellung der EU-Chemikalienverordnung REACH durch. Insgesamt gelingt es auf diese Weise, den Lesern einen nachvollziehbaren Einblick in das Oppositionshandeln im EP zu geben und die analytischen Schritte verständlich zu machen. So fasst er gut begründet zusammen, dass sich Opposition im Europäischen Parlament über „die Aktivierung von Minderheitenrechten“ erfassen lässt, vor allem auf „Mitgestaltung im parlamentarischen Entscheidungsprozess“ abzielt und dabei „Berücksichtigungszwänge für eigene Zielvorstellung“ der Minderheit geschaffen werden (S. 305).

Mit diesem Buch wird ein Beitrag zum Verständnis von Oppositionshandeln geleistet, der auch über das Europäische Parlament hinaus Berücksichtigung finden sollte. Dennoch unterscheidet sich natürlich die Wahrnehmung des EP und seiner Akteure durch die Bürger von der Wahrnehmung des Oppositionshandelns auf nationaler Ebene. Ohne die Parlamentsminderheit zu sehr als einen homogenen Akteur zu verstehen, ist es Ziel der Opposition, eine Mehrheit zu erlangen. Diese Perspektive mag in nationalen Parlamenten stärker ausgeprägt sein als im EP. Für diese und weitere daran anknüpfende Perspektiven bietet *Stefan Thierse* mit seiner Studie eine sehr gute Vorlage, die sowohl in konzeptioneller Sicht weiterbringt, zu einem besseren Verständnis von Politikprozessen im EP beiträgt und vor allem Oppositionshandeln und Oppositionsstrategien fassbar macht, so dass diesem elementaren Teil der parlamentarischen Demokratie näher gekommen werden kann.

Jan Pollex

Parteiorganisation und Parteiwandel: theoretisch und methodisch alternativ erklärt

Gauja, Anika: Party Reform. The Causes, Challenges, and Consequences of Organizational Change, Oxford University Press, Oxford 2017, 214 Seiten, € 65,99.

Die Forschung zum Organisationswandel von Parteien erfreut sich in jüngerer Vergangenheit großer Beliebtheit. So hat sich auch die australische Parteienforscherin *Anika Gauja*, mit Fragen des Wandels von Parteien befasst und im vorliegenden Band die Ergebnisse ihrer über zehnjährigen Arbeit zusammengefasst.

Sie will analysieren, wie ein Parteireformprozess als eine differierende Transformation von organisationalem Wandel einzuordnen ist. Daraus sollen Typen von Parteireformen entwickelt werden. Das theoretische Argument lautet, dass sowohl parteiinterne Akteure, etwa Parlamentarier, als auch Parteiexterne, wie Berater oder Think Tanks, einen bedeutenden Einfluss auf den institutionellen Kontext einer Partei und damit Diskursmacht entfalten können, und zwar durch Rhetorik und Wahrnehmung.

Anika Gauja betrachtet Parteireformen in vier Zieldimensionen. Erstens wird Reform als eine Unterkategorie von Parteienwandel verstanden. Zweitens wird durch den Rekurs auf

Akteure als vermittelnde Agenten die Frage erörtert, wie und wann Wandel und Reform von und in Parteien eintreten. Die damit verbundene Theorieperspektive entstammt dem neo-institutionalistischen Diskurs in seiner diskurs-konstruktivistischen Ausprägung nach *Vivien Schmidt*. Drittens sollen Reformen nicht disziplinär isoliert betrachtet werden, da sie einen multiperspektivischen und -dimensionalen Bereich über verschiedene politische Organisationen und Institutionen hinweg betreffen. *Anika Gauja* greift hier vor allem auf Politikfeldstudien, Interessengruppenforschung sowie politische Kommunikation zurück und spricht damit einen viel zu wenig genutzten Nexus der Parteienforschung zu angrenzenden Bereichen der Politikwissenschaft an, den sie dann auch einzubinden sucht. Das vierte und letzte Ziel spiegelt die Frage nach der Öffnung von Parteiorganisationen für Nichtmitglieder, also Unterstützer und Sympathisanten, wider.

Ein hierzu entwickeltes Modell, das *Gauja* an ihren empirischen Beispielen testet, entstammt einem Analyseschema aus der Unfallforschung (Schweizer-Käse-Modell nach *James Reason*). Bei gegebenen Pfadabhängigkeiten entstehen Fenster der Handlungsmöglichkeit (beziehungsweise Löcher im Käse), die entgegen dem ursprünglichen Modell nicht als Risiko, sondern als Chance für die Parteien zu sehen sind, denn durch diese Löcher entstehen Verbindungen zwischen den drei Scheiben beziehungsweise Ebenen des Modells, respektive der innerparteilichen Ebene, dem Parteiensystem und dem politischen System.

Die Autorin hält insbesondere Motivationen für die Haupttreiber von Parteienwandel, die insofern zentral für das Vorantreiben einer Parteiorganisationsreform sind. Veränderungsprozesse werden demnach quer zu den tatsächlich stattfindenden Veränderungsprozessen auf den Ebenen des Modells verortet. Auf dieser Basis und mit einem most similar parties Design liefert *Gauja* eine prozessorientierte und praktische Sicht auf verschiedene Parteien (Schwerpunkte auf Australien und Großbritannien), die Wandlungsprozessen und Reformen unterworfen waren. Dabei arbeitet sie qualitativ-triangular und geht insofern explorativ und vor allem tiefgehend an ihre Untersuchungsgegenstände heran. Ihr Forschungsdesign vermittelt dabei zwischen Einzelfallstudien und Daten auf aggregierter Ebene und liefert eher generalisierbare Aussagen zum Parteienwandel, wenngleich die Studien insgesamt betrachtet fallbasiert sind und reich beschreibend genug Stoff zur Erarbeitung von Parteireformtypen bieten. *Gauja* konzentriert sich auf eine Dekade zwischen 2006 und 2015 und betrachtet sechs Parteien: Australian Labour Party, Liberal Party of Australia, National Party of Australia sowie die Conservatives, Labour Party und Liberal Democrats in Großbritannien. Ergänzend und vergleichend zieht sie weitere ausgewählte Parteien heran, und zwar die Liberalen Kanadas, die neuseeländische Labour Party, die französische Parti Socialiste sowie die deutsche SPD.

Sowohl in der Theorie als auch in ihrer Analyse differenziert *Gauja* trefflich zwischen organisatorischen Reformen und Veränderungen; beide Prozesse hängen zwar eng miteinander zusammen, betreffen aber unterschiedliche Teile von Wandel. Hierzu unterscheidet sie in Geschwindigkeit, Objekt, Substanz sowie Genese der Veränderung. Bei der Erörterung des Forschungsstands auf Basis dieser Kategorien entkleidet *Gauja* die Parteienforschung ihrer inzwischen eingefahrenen Mythen. Dabei handelt es sich vor allem um Inkrementalismus, wie sowohl die entwicklungstypologischen als auch die evolutionstheoretischen Betrachtungen von Party Change zeigen, wenn entweder auf idealtypische Modelle mit adaptivem Organisationscharakter verwiesen oder inkrementeller Wandel als grundsätzlich gegeben angenommen wird. Dies ist besonders dann offenkundig, wenn versucht wird, einen klaren Anfangs- und Endpunkt von „Wandel“ festzumachen. Beispielsweise

kann dieser aufgrund von externen Schocks eintreten („catalytic events“), additiv und inkrementell vorsichtig sein, oder aber zunächst Fahrt aufnehmen und dann stagnieren. Abschließend stellt *Anika Gauja* fest, dass die diversen parteispezifischen Gründe für Reformen logischerweise nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb einer Parteiorganisation zu finden sind. Die mit Parteireformen verbundenen kathartischen Effekte, die eine Partei durchmachen kann, gestalten sich entweder als „Rebranding“, als Veränderungen der Macht oder als Legitimitätsgewinne durch demokratische Normen.

Insgesamt legt *Anika Gauja* mit diesem Band einen wertvollen Beitrag zur Parteienorganisationsforschung vor, der theoretisch und methodisch einen alternativen Weg geht und Erklärungen für Parteienwandel auf breiter empirischer Basis liefert. Kritisch anzumerken ist lediglich, dass die Digitalisierung als fundamentaler externer Wandlungsprozess zu wenig berücksichtigt wird.

Isabelle Borucki

Partizipation und Transparenz bei den Piraten: Erkenntnisse über den Preis der Maximierung

Koschmieder, Carsten: Partizipation in der Piratenpartei. Die Schattenseiten einer sonnigen Utopie (Parteien in Theorie und Praxis, Band 7), Verlag Barbara Budrich, Opladen / Berlin / Toronto 2016, 188 Seiten, € 39,90.

Auch wenn sich die Piratenpartei inzwischen selbst zerlegt hat, lohnt der Blick auf die besonderen Mitwirkungsangebote, denn Mitgliederrückgang und Beteiligung der Parteien gefährden nicht nur innerparteiliche Demokratie, sondern die repräsentative Demokratie insgesamt. Mit akteurzentriertem Ansatz untersucht *Carsten Koschmieder* in seiner an der FU-Berlin entstandenen Dissertation die Beteiligung von Mitgliedern an der Personalauswahl und der Politikformulierung der Piraten auf Bundesparteitagen als Mitgliederversammlung, an der Online-Partizipation und an der Arbeit der Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. An der wahrgenommenen Beteiligung prüft er, ob die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten dazu beitragen, soziale Ungleichheit zu verringern und so *Robert Michels'* These vom ehernen Gesetz der Oligarchie zu widerlegen.

Koschmieder untersucht, wie Partizipation in der Piratenpartei funktioniert und wie die Mitglieder die Angebote nutzen. Ihn interessiert, was die Beteiligung hemmt und wie sich soziale Ungleichheit auf die Partizipation auswirkt. Danach geht er auf die Folgen der besonderen Kultur der Piraten für deren Position in der Parteienkonkurrenz ein. Er legt einem kompakten Text vor, der auf den Ergebnissen früherer Arbeiten aufbaut und liefert damit einen wichtigen Beitrag zu den Möglichkeiten und Grenzen innerparteilicher Demokratie. Seine Frage, ob der Mitgliederrückgang durch Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten gestoppt werden könnte, ist von grundsätzlicher Bedeutung.

Mittels teilnehmender Beobachtung, Textanalysen, Umfragen und Interviews stellt er dazu die Piratenpartei mit den programmatischen Forderungen, ihrer besonderen Kultur, den Partizipationsmöglichkeiten sowie ihrem Aufstieg und Fall vor. Programm und Kultur der Piraten sind geprägt durch das Gleichheitspostulat, Freiheit, Selbstbestimmung durch Bildung und Einkommen, Transparenz und Hierarchiefreiheit. Die Abgeordneten sollen als

Sprachrohr der Basis – „piratiges“ Mandat – die durch den Zwang des besseren Arguments in radikaler Öffentlichkeit entstandenen Beschlüsse umsetzen. Der Idee nach wollen sich die Piraten mit den Diskussionen im Netz ohne Gruppen und Flügelbildung, ohne Absprachen für Proporz und ohne Aushandlungsprozesse von den anderen Parteien unterscheiden. Ihrem fulminanten Aufstieg folgte durch nachlassendes Medieninteresse, Streit bis zur Handlungsunfähigkeit, durch chaotische Parteitage, persönliche Angriffe und Bedrohungen, durch geringes Engagement der Mitglieder und in der Folge knappe Finanzen ein schneller Abstieg. Diesen Weg und seine Untersuchung fasst *Koschmieder* wie folgt zusammen:

Anders als von den Befürwortern der digitalen Abstimmung erwartet, wurden die zahlreichen Angebote, am Zustandekommen von verbindlichen Entscheidungen zu partizipieren, von einem Großteil der Mitglieder nicht genutzt (S. 156). „Einfache Parteimitglieder, die berufliche, familiäre oder soziale Verpflichtungen haben, können weder ausreichend Experten in jedem im Parlament behandelten Themenkomplex sein, noch können sie die Geschehnisse und Debatten im Parlament beständig verfolgen.“ (S. 157) Gravierende, nicht zu behebbende Hemmnisse sind „mangelnde Vorbereitung, geringe Fachkenntnisse und unzureichendes Interesse der Parteibasis“ (S. 158). Auch die Online-Partizipation ändert nichts daran, dass Menschen mit disponiblen Einkommen und mehr disponibler Zeit überrepräsentiert sind. Grundsätzlich begrenzt die „Tatsache, dass Abstimmungen über das Internet nicht gleichzeitig geheim und sicher sein können“ (S. 158) die digitale Beteiligung.

Die Untersuchung der Parteitage als Mitgliederversammlung zeigt, dass die Online-Aktivistinnen auch dort dominieren. Obwohl die Bilder der Parteitage mit mehr als 1.000 Abstimmenden eine zerstrittene und handlungsunfähige Partei zeigen, wird diese Form nicht hinterfragt. Sie „gilt vielen Piraten als geradezu heilig“ (S. 160).

Die Erwartung, dass eine von der Parteiführung unabhängige Versammlungsleitung, hilfreich sei, basiert auf der Annahme, dass allein Partizipation zu richtigen Beschlüssen führe. Diese erzeugt jedoch nicht nur sich widersprechende Programmsätze, sondern bei Ablehnung aller Aushandlungsprozesse permanent Sieger und Verlierer.

Dies gilt auch für Transparenz und Hierarchiefreiheit. In diesen Prinzipien spiegelt sich die Wissenskluft zwischen Basis und Parteifunktionären. Transparenz als übergeordneter Wertebezug galt auch für innerparteilichen Streit und schuf unnötige Konflikte, da scharfe öffentliche Kritik an Mandatsträgern – der so genannte shitstorm – als Ausdruck von Demokratie begriffen wurde. Da es zudem an Diskretion und Vertraulichkeit für Politik fehlte, verringerte sich die Bereitschaft, ein Amt zu übernehmen. Unbezahlt, machtlos und überfordert machten die Vorstände unter Stress Fehler. Das Konzept, Abgeordnete als Beauftragte der Parteibasis zu betrachten, scheiterte am Rückzug führender Piraten und ihrer Unterstützer. „Ständig wechselnde Vorstände konnten keine professionelle und kontinuierliche Arbeit nach innen oder einen organisierten Wahlkampf gewährleisten und wurden von den Medien nicht wahrgenommen.“ (S. 170) Die Erwartung, dass die Mitglieder in Wahlkämpfen von selbst aktiv würden, erfüllte sich nicht. *Carsten Koschmieder* endet mit der Feststellung: „Die Einlösung der mit dem Schlagwort Partizipation verbundenen Versprechen durch die Piraten steht noch aus.“ (S. 171) Leider erörtert er nicht, ob dies überhaupt möglich ist.

Interessant werden seine Ergebnisse zur Piratenpartei unter verändertem Blickwinkel. Wenn Ungleichheit der Menschen und damit der Beteiligung nicht zu beheben ist, wäre zu

prüfen, ob und wie Menschen ihre Bedingungen durch Satzungen und Regeln so gestalten können, dass die Auswirkungen der Ungleichheit möglichst gering werden (Gerechtigkeit). So gesehen wären Partizipation und Wahlerfolg nicht notwendig Gegensätze. „Gehört und vertreten werden“ könnte ein Erfolgsmodell für Parteien sein, das das eindimensionale auf Beteiligung reduzierte Parteiverständnis überwindet. In der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie müssen Parteien auch regieren wollen.

Insgesamt lohnt die Lektüre des Bandes, weil *Koschmieder* zeigt, wie eine Partei durch Maximierung der Mitgliederbeteiligung und überbordende Transparenz die Voraussetzungen für Integration und Führung beseitigt und damit am eigenen Anspruch scheitert.

Ingrid Reichart-Dreyer

Die Piratenpartei im Wettbewerb: nicht etabliert, aber gut erforscht

Schlegel, Erik: Quo vadis Piratenpartei? Analyse der politischen Wettbewerbsfaktoren zur (Nicht-)Etablierung im Parteiensystem (Parteien und Wahlen, Band 12), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016, 460 Seiten, € 89,-.

Neue erfolgreiche Parteien sind im deutschen Parteienwettbewerb seit 1949 die Ausnahme. Würde man sich der Mühe unterziehen, die nicht etablierten Parteien aufzuzählen, wäre die Liste lang und hätte eine deutlich dreistellige Zahl an Einträgen. Von der anderen Seite betrachtet können bisher, nachdem CDU/CSU, FDP und SPD von Anfang an relevant waren, nur die Grünen (1979 ff.) respektive Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei (1989 ff.) genannt werden. Seit Mitte der 2000er Jahre hat die Fähigkeit dieser Akteure, Angebot und Nachfrage am Wählermarkt korrekt bereitzustellen und zu antizipieren beziehungsweise durch neue Bewerber vorgetragene Interessen sowie Themen, im Sinne von Responsivität, in die eigene Programmatik zu integrieren, merklich abgenommen. Dies ist im Besonderen am Aufstieg der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland nachzuvollziehen und in einer weniger grundsätzlichen Form bereits zwischen 2009 und 2012 bei der Piratenpartei wahrnehmbar. Letztere hatte sich als transnationales Parteiprojekt in der Bundesrepublik 2006 gegründet und erhielt bei der Europa- und Bundestagswahl 2009 mit 0,9 und 1,8 Prozent der Zweitstimmen erstmals signifikanten Zuspruch. Der Durchbruch gelang der Partei bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011, wo sie 8,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen konnte. In der Besetzung eines gesamtgesellschaftlichen Themas neu und „sexy“ erhielt sie in der Folge ungemeine Medienaufmerksamkeit und „enterte“ in der Selbstbeschreibung die Landtage des Saarlandes (7,4 Prozent), Schleswig-Holsteins (8,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalens (7,8 Prozent). Mit der Aufnahme ihres Kernthemas durch die etablierten Parteien und den weiterhin stark medial transportierten Organisations- und Kommunikationsschwierigkeiten sank die Nachfrage schon im Wahljahr 2013 auf im Schnitt zwei Prozent und selbst bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 erhielt die Partei lediglich 1,7 Prozent der Zweitstimmen. Die Piraten haben sich folglich von einem gehypten Phänomen zu einem unzureichend nachgefragten Akteur am Wählermarkt entwickelt.

Die vorliegende Monographie von *Erik Schlegel* analysiert daher sehr zeitgemäß die wahrscheinlich gescheiterte Etablierung der Partei und fragt nach den zu Grunde liegenden

politischen Wettbewerbsfaktoren. In gewisser Weise könnte die Publikation damit als wissenschaftlicher Schlusspunkt gelesen werden. Inhaltlich geht der Band auf die durch den Autoren 2015 an der Technischen Universität Chemnitz eingereichte und verteidigte Promotionsschrift zurück. Sie ist als Band 12 der von *Eckhard Jesse* und *Roland Sturm* herausgegebenen Schriftenreihe „Parteien und Wahlen“ erschienen.

Die Arbeit wird empirisch durch die gezielte Onlinebefragung von Mitgliedern der Piratenpartei zu ihren politischen Sichtweisen bereichert. Die Mehrzahl der 698 Rückläufe stammt aus der Zeit nach der Bundestagswahl 2013, „um festzustellen, wie sich das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde ausgewirkt hat“ (S. 33).

Nach der Einleitung entwirft der Autor unter umfänglicher Einbeziehung der vorhandenen Forschungsliteratur einen Bezugsrahmen für die Betrachtung der Entwicklung der Piratenpartei. Dabei stechen aus der erwartbaren Trias von Darstellungen zum deutschen Parteienwettbewerb im Allgemeinen und Kleinstparteien im Besonderen, theoretischen Arbeiten verschiedener Couleur und Dokumentationen zur Piratenpartei an sich besonders die Abhandlungen von *Mogens S. Pedersen* und *Oskar Niedermayer* heraus. Während ersterer bereits in den 1980er Jahren über Etablierungshürden und Lebenszyklen von (neuen) Parteien geschrieben hat, konkretisierte *Niedermayer* dies für den deutschen Fall sukzessive.¹ *Schlegel* entwickelt in der Rezeption der beiden ein eigenes Zehnstufenmodell der Genese einer Etablierung (S. 49 f.). Konkret handelt es sich um eine stärker prozess- und kontextorientierte Erweiterung, die keine Prognosefähigkeit, jedoch eine klare Klassifikation und Unterscheidung von diversen Parteiprojekten ermöglichen soll (S. 50 – 63). Im dritten Kapitel werden die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dargestellt. Wesentlich ist dabei die Feststellung, dass es keinen „Welpenschutz“ oder eine gezielte Förderung von kleinen Akteuren gibt und die Neuen damit de facto Nachteile gegenüber den Etablierten haben (S. 127 f.). Der Hauptteil der Arbeit widmet sich auf rund 250 Seiten der Angebots- und Nachfrageseite des deutschen Parteiensystems im relevanten Zeitraum und stellt akribisch das Werden und Wirken der Partei im Wettbewerb da. Die abschließende Bewertung der Piraten nimmt *Schlegel* unter dem Titel „Lückenfüller eines kurzzeitigen Repräsentationsvakuum?“ vor. Im Zentrum des Diktums steht die ausstrahlende Innovationskraft der Partei gerade in der Ansprache neuer und junger Wähler über die sozialen Medien. Die Verankerung in entsprechenden urbanen Milieus scheint sich vom Blickpunkt Anfang 2016 noch positiver auszunehmen, als die Wahlen im September dann gezeigt haben (S. 382 f.). Die langfristige kommunale und regionale Bedeutung – etwa in Berlin –, die der Autor der Partei zuschreibt, sieht der Rezensent nicht als gegeben.

Schlegel hat eine materialreiche, gut strukturierte und lesenswerte Publikation vorgelegt. Die Erweiterung der Etablierungshürden zu einem Zehn-Stufen-Modell scheint sinnvoll, stellt aber die klassische Variante von *Niedermayer* nicht in Frage. Die Herausforderung einer kohärenten Darstellung wird nachvollziehbar, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich das Objekt im Verlauf seiner Untersuchung geradezu sprunghaft verändert hat. Die zeitliche Nähe der Analyse zur Hochzeit des Phänomens, ein grundlegender Anspruch der Politikwissenschaft, erweist sich in diesem wie in anderen Fällen als besondere Leistung.

Christian Nestler

1 Initial mit folgendem Aufsatz: *Oskar Niedermayer*, Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland, in: *ZParl*, 41. Jg. (2010), H. 4, S 838 – 854.

Die schillernde Seite der Zivilgesellschaft: rasche Befunde, beeinträchtigte Urteilskraft

Marg, Stine, Katharina Trittel, Christopher Schmitz, Julia Kopp und Franz Walter: NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?, transkript Verlag, Bielefeld 2016, 161 Seiten, € 19,99.

Um es vorwegzunehmen: Diese Analyse ist ohne jeden Zweifel eine Pionierstudie. Die Göttinger Forscher um *Franz Walter* haben – einmal mehr – dort ihre Zelte aufgeschlagen, wo bisher kein wissenschaftliches Licht hindrang. Sie haben sich in die Untiefen des sozialen Protests begeben und zugleich eine Lücke besetzt, mithilfe eines in jeder Hinsicht bestehenden Methodenmixes und in kürzester Zeit zumal. Die leider inflationär gebrauchte Formel vom „Finger am Puls der Zeit“: hier passt sie; und zwar – in Anbetracht der Tradition am Institut für Demokratieforschung – einmal mehr. Der Band darf als Exempel einer ebenso praxisorientierten wie empirisch-normativ ausgewogenen Politikwissenschaft gelten. Diesen Geist atmet bereits der Titel: Die Autoren wollen gesellschaftliche Herausforderungen verstehen, Anstöße geben, Stellung beziehen. Sie richten sich darum nicht ausschließlich – vermutlich nicht einmal hauptsächlich – an die eigenen Kollegen.

Kurzum: Der Band steht für eine Politikwissenschaft, der „educated guesses“ nicht weniger fernliegen als Zahlenspielerereien. Dennoch vermag er nicht gänzlich zu überzeugen, denn die Antwort auf die Frage im Untertitel („Die helle Seite der Zivilgesellschaft?“), auf die man mehr noch als auf die empirischen Befunde gespannt sein dürfte, fällt unausgewogen aus – unausgewogen und wenig fundiert. Das Fazit (S. 144) ist ein enttäuschender Gemeinplatz: „Geht man davon aus, dass ein demokratisches Gemeinwesen von der Aktivität seiner Mitglieder abhängig ist, kann NoPegida auf eine äußerst positive Bilanz zurückschauen. Hier sammelten sich 2015 Menschen auf vielen Straßen der Republik, um aktiv für ihre Überzeugungen und Wertvorstellungen einzutreten. Darüber hinaus beschränkt sich ihr Engagement keinesfalls auf Straßenprotest und Ausdrucksformen des Widerstandes. Die Befragten deuten dies hingegen größtenteils zwingend als Tätigkeit in und für die Gemeinschaft, als Praxis der Menschlichkeit, als Verpflichtung des Staatsbürgers.“ Trifft das auf Pegida, Hogesa oder Rudolf-Hess-Gedenkmärsche (bis 2004) nicht ebenfalls zu? Wer käme jedoch deshalb auf die Idee, darin eine wünschenswerte Form politischen Engagements zu sehen?

Es drängt sich der Eindruck auf, NoPegida komme besser weg, als es die Auswertung der 743 Online-Fragebögen, acht Gruppendiskussionen und sieben Expertengespräche (eigentlich: schlicht qualitative Interviews) zulassen. Wurde mit heißer Nadel gestrickt? Oder sind die Autoren normativer Voreingenommenheit aufgesessen? Die gesellschaftlich weithin akzeptierten Protestmotive (Engagement „gegen Rechts“ – S. 65) der Befragten könnten dies nahelegen, ebenso ihre Werte (Zusammenhalt und Freiheit, Engagement, Menschlichkeit und Solidarität, Gerechtigkeit, Pluralismus, Toleranz – S. 76 – 81).

Gewiss: All die in den Interviews ermittelten Konzeptionen des Wünschenswerten sollte eine Demokratie nicht nur dulden, sondern nach Kräften fördern. Wer jedoch eine solche Frage wie im Untertitel einer rein immanenten Analyse überlässt – und das tut, wer lediglich nach dem Selbstverständnis der Demonstranten, ihrem Gesellschafts-, Politik- und Medienbild, schließlich nach ihrer Wertestruktur fragt –, der kommt rasch zu einem schiefen Urteil.

Einerseits kritisieren die Autoren in den Themenkapiteln das bei vielen Befragten herrschende Schwarz-Weiß-Denken (die Guten gegen die Bösen) – vom moralischen Überlegenheitsgefühl und dem ambivalenten Verhältnis zur Gewalt ganz zu schweigen. In der Konklusion heißt es dann jedoch: „Harte und fixierte Identitäten und ausschließliches

Denken in der Kategorisierung von Freund und Feind – also all das, was nachhaltige Aushandlungsprozesse innerhalb der Zivilgesellschaft verhindern würde – fand sich bei NoPegida nicht.“ (S. 145) Nur eine Seite zuvor ist die Rede von einem analytisch-pflichtbewussten, einem hilfswilligen sowie – schließlich – einem kämpferischen Protesttypus, der Pegidianer vor allem als „Nazis“ wahrnehme und zivilen Ungehorsam (Gewalt, Blockaden, Häuserbesetzungen?) predige. Zudem: Der staats- und autoritätskritische – sagen wir ruhig: linksradikale – Teil der Demonstranten, der sich durch ein besonders ausgeprägtes Freund-Feind-Denken auszeichnet, dürfte ohnehin die Teilnahme an der Studie verweigert haben. Insofern spricht aus dem Fazit einige Kühnheit.

Andererseits: Wo bleibt die gesamtgesellschaftliche Einordnung? NoPegida zeugt – ebenso wie Pegida – nicht weniger von einer aktiven Zivilgesellschaft als von einer gehörigen Polarisierung. Beide Phänomene stellen Teile des gesellschaftlichen Minimalkonsenses zur Disposition: Pegida die Legitimität der politischen und medialen Eliten, den gesellschaftlichen Pluralismus sowie – mittlerweile – die Funktionsweise der deutschen Demokratie; NoPegida (zumindest in Teilen) das Postulat der Gewaltfreiheit und die politische Liberalität. Das politische Klima ist insgesamt rauer geworden, und die Fronten haben sich verhärtet. Zu alledem schwindet die Integrationskraft der Parteien zusehends. Wer darum so tut, als liefere NoPegida lediglich Grund zur Freude, da hier noch für Demokratie und Solidarität gefochten werde, vernachlässigt die – in den Empiriekapiteln übrigens mehrfach zur Sprache kommende – Heterogenität der Bewegung wie die besorgniserregenden gesellschaftlichen Verwerfungen, deren Ausdruck NoPegida (mit Pegida) ist.

Es ist mithin das Urteil der Autoren, woran ich mich stoße. Dies nimmt jedoch einen überschaubaren Platz im Band ein. Im Mittelpunkt steht die empirische Auswertung. Daher ist es gewiss wohlfeil, sich an den normativen Monita der Studie abzuarbeiten, anstatt die vielen analytischen Positiva zu loben. Daher in aller Klarheit: die Autoren haben Vermutungen in beachtlicher Raschheit durch Befunde ersetzt. Das verdient Respekt, denn den Band zu kennen dürfte für jeden wichtig sein, der die gegenwärtigen gesellschaftlichen Turbulenzen in Deutschland nicht erst ex post verstehen will. Ob der Preis für die Aktualität – die beeinträchtigte Urteilskraft – zu hoch ist, muss jeder selbst entscheiden. Für mich ist er zu hoch.

Tom Mannewitz

Eine Begriffsanalyse zum Populismus: theoretisch anspruchsvoll, empirisch weniger gelungen

Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Suhrkamp Verlag, Berlin 2016, 160 Seiten, € 15,50.

Ein Wort macht Karriere: Populismus. Die Zahl der in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland publizierten Bücher ist Legion.¹ Das ist eine Reaktion auf Erfolge von Popu-

1 Vgl. unter anderem *Frank Decker / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen* (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015; *Ernst Hillebrand* (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Euro-*

listen beziehungsweise populistischen Parteien, zumal in Deutschland. So erreichte die Alternative für Deutschland, deren Erwähnung in der Regel nicht ohne den Zusatz „rechtspopulistisch“ auskommt, bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2016 aus dem Stand 24,3 Prozent. Zwei Monate später gewann *Norbert Hofer*, der Kandidat der FPÖ, bei den Bundespräsidentenwahlen in Österreich 49,7 Prozent der Stimmen, und im Juni 2016 siegten im Vereinigten Königreich die Brexit-Befürworter nicht zuletzt dank des Engagements von *Nigel Farage*, dem Chef der rechtspopulistischen Partei UKIP, mit 51,9 Prozent. Was versteht man unter „populistisch“? Ist der negativ konnotierte Terminus politikwissenschaftlich fruchtbar zu machen? Zuweilen heißt es, die AfD sei wohl populistisch, jedoch nicht extremistisch. Schließen die beiden Begriffe tatsächlich einander aus?

Wer die Studie von *Jan-Werner Müller*, der Ideengeschichte an der Princeton University lehrt und durch sein Buch über „das demokratische Zeitalter“ große Aufmerksamkeit gefunden hat², zu Rate zieht, hofft auf schlüssige Antworten. Der Autor spricht eingangs zu Recht davon, dass allüberall, in der Politik, in der Öffentlichkeit, in der Wissenschaft, höchst unterschiedliche Positionen als populistisch apostrophiert würden. Seine Schrift, in drei Teile gegliedert, eingerahmt von einleitenden und abschließenden Überlegungen, will den einigermaßen schwammigen Begriff präzise fassen. Im ersten Teil geht es um die Theorie, im zweiten um die Praxis, im dritten um den Umgang mit Populismus. Um das Urteil vorwegzunehmen: Die Ursachenanalyse kommt etwas zu kurz. Ein wesentlicher Grund für die Erfolge populistischer Kräfte ist, nicht nur in Deutschland, die Konsenspolitik politischer Eliten, die eine Repräsentationslücke zumal auf der rechten Seite offenbart.

Für *Müller* ist „Populismus an sich nicht demokratisch, ja der Tendenz nach zweifelsohne antidemokratisch“ (S. 14). An anderer Stelle heißt es vorsichtiger, Populismus, stets antielitär, sei „tendenziell antidemokratisch“ (S. 91, S. 95). Nicht jede Kritik an Eliten müsse aber populistisch sein. Und umgekehrt könnten populistische Kräfte, oft nicht frei von verschwörungstheoretischen Maximen, zuweilen sogar der Regierung angehören. Als zentrales Element macht *Müller* Antipluralismus aus. Populisten beriefen sich auf den als homogen angesehenen „wahren Volkswillen“. Sie erhöhen, und das ist seine immer wiederkehrende Kernthese, einen „moralischen Alleinvertretungsanspruch“ (S. 19, S. 44, S. 57 f., S. 70).

Für die Praxis liefert *Müller* viele anschaulich-illustrierende Beispiele nicht nur aus Europa, ohne jedoch einen systematischen Zugang zu präferieren. Er belegt überzeugend drei populistische Herrschaftspraktiken: die Inbesitznahme des Staates (in *Viktor Orbáns* Ungarn gerieten Medien unter staatliche Kontrolle), Massenklientelismus (Verteilung von Wohltaten an gefügige Bürger wie in Venezuela unter *Hugo Chávez*), Diskreditierung von Opposition (*Wladimir Putin* schränkte in Russland den Handlungsspielraum kritischer Teile der Zivilgesellschaft ein). Die Hauptbegründung, wieso Populisten an der Macht den Rechtsstaat nicht gleich ganz abschafften (dies würde zu einem hohen internationalen Ansehensverlust führen), überzeugt wenig: Die Behauptung läuft darauf hinaus, die jeweiligen

pa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn 2015; *Hanspeter Kriesi* / *Takis S. Pappas*, European Parties in the Shadow of the Great Recession, Colchester 2015; *Ruth Wodak*, Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien 2016; *Andreas Zick* / *Beate Küpper*, Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015.

2 Vgl. *Jan-Werner Müller*, Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Berlin 2013.

Regierungen wollten und könnten die Beseitigung des Rechtsstaates in toto durchsetzen. Ist dies nicht eine Dämonisierung der von *Müller* als populistisch bezeichneten Kräfte? Die oft vernachlässigte Einbeziehung des Linkspopulismus, den der Autor ebenso wenig als legitim ansieht, allerdings als weniger schlimm als den Rechtspopulismus, ist ein Verdienst des Bandes.

Im Kapitel „Vom demokratischen Umgang mit Populisten“ kommt eine Reihe aufschlussreicher Vorschläge zur Sprache. Populismus laufe auf Exklusion hinaus – seine Kritiker dürften daher nicht in eine „spezifische Falle des Antipopulismus“ (S. 95) tappen und selber einen Ausschluss von Populisten betreiben. Argumentative Auseinandersetzung tue Not. Zudem sei die Kritik von Populisten ein Symptom für eine Herausforderung, die die Gesellschaft zu bewerkstelligen habe. Obwohl populistische Parteien „zwangsläufig auf dem Radarschirm der wehrhaften Demokratie“ (S. 95) auftauchten, verbiete sich ein Verbot. Das klingt so, als sei dies überhaupt möglich. Der Autor bejaht dagegen wohl zu Recht die folgende Frage: „Wird der Populismus-Begriff von europäischen Eliten (bewusst oder unbewusst) überdehnt, um missliebige Kritik organisieren zu können?“ (S. 133).

Das gut geschriebene Buch – demokratietheoretisch anspruchsvoll, etwa bei der Kritik am homogenen Volksbegriff und bei der Verteidigung der repräsentativen Demokratie („Die moderne Demokratie kennt nur das freie, nicht das imperative Mandat“, S. 124), empirisch aber weniger gelungen – enthält bisweilen irritierende Formulierungen. Warum spricht der Autor vom „Tod“ (S. 55) *Pim Fortuyns* und nicht von dessen Ermordung? Und wieso parallelisiert er Wahlen in Nordkorea mit „maßgenau zugeschnittenen“ (S. 124) Wahlkreisen in den USA?

Wer sich nun fragt, wo für *Müller* der Unterschied zwischen Extremismus und Populismus liegt, bekommt keine rechte Antwort. Das hängt wohl mit folgendem Befund zusammen: Der Autor lässt den Extremismus-Ansatz weithin links liegen. So wird beim Aufzeigen von Parallelen zwischen *Viktor Orbán* und der „Radikaldemokratin“ *Chantal Mouffe* bestritten, „dass sich vermeintliche ‚Extreme‘ von einer Symmetrie zwischen Links- und Rechtspopulismus immer irgendwo berühren oder dass man plausibel von einer Symmetrie zwischen Links- und Rechtspopulismus sprechen könnte (wie es die sogenannte Extremismusforschung regelmäßig suggeriert)“ (S. 14). Nicht jeder Populismus muss gegen den demokratischen Verfassungsstaat gerichtet sein. Zu dieser Position ringt sich der Verfasser aber nicht durch.

Was auch für andere einschlägige Bücher gilt: *Müller* reflektiert nicht die Notwendigkeit, den Unterschied zwischen Extremismus und Populismus klar herauszuarbeiten. An einer Stelle heißt es, Extremisten und Terroristen legitimierten sich nicht über das Volk, das sie als „korrumpiert und erweckungs- oder gar erlösungsbedürftig“ (S. 27) ansähen. Vermeiden Extremisten und Terroristen tatsächlich, sich auf das Volk zu berufen? Extremismus jeglicher Couleur lehnt den demokratischen Verfassungsstaat oder eine Reihe seiner Elemente ab. Populismus dagegen ist ein sich auf das Volk berufender Politikstil, der nicht notwendigerweise dem demokratischen Verfassungsstaat den Kampf ansagt.

Eckhard Jesse

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Deutschland: ausgezeichnete Anstöße zur Debatte

Milbradt, Björn, Floris Biskamp, Yvonne Albrecht und Lukas Kiepe (Hrsg.): Ruck nach Rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien, Verlag Barbara Budrich, Opladen / Berlin / Toronto 2017, 220 Seiten, € 24,90.

Rechtspopulistische Parteien in Europa und der Bundesrepublik Deutschland erstarken seit mehreren Jahren. Dazu gehören die österreichische FPÖ, der französische Front National, die italienischen Lega Nord und die niederländische Partei um *Geert Wilders*, um nur einige zu nennen. In Deutschland befindet sich die AfD im Aufstieg. Erst im September 2016 hat sie bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern auf Anhieb 20,8 Prozent erreicht, sechs Monate zuvor in Sachsen-Anhalt sogar 24,3 Prozent. Gleichzeitig verschiebt sich die Wirkung von rechtsextremen Ideologemen von der Einstellungs- zur Handlungsebene: Gewalt gegen Unterkünfte von Geflüchteten sowie ein sich zuspitzender, auf einen beleidigenden und diskriminierenden Inhalt abstellender Tonfall zum Beispiel seitens Pegida gehören zu diesem Phänomen (S. 9). Vor diesem Hintergrund stellen sich die Herausgeber des Sammelbands berechtigterweise der Frage: [Gibt es einen] „Ruck nach Rechts?“. Die Beantwortung erfolgt im Buch in drei Teilen.

Der erste Abschnitt „Theoretische Perspektiven“ präsentiert in drei Beiträgen sozialpsychologische und sprachpraktische Betrachtungsweisen auf das Thema. *Björn Milbradt* stellt in seinem Beitrag „Was ist Gegenaufklärung? Eine Ideologiekritik am Beispiel Pegida“ fest, dass Gesellschaften auf Krisen nicht zwangsläufig mit einer Orientierung nach rechts antworten müssen. Allerdings bestünden in der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft Dispositionen sowie ein Denken, das „strukturell seine Wirklichkeitsbezüge verliert (S. 27), was es rechten Bewegungen und Parteien ermöglicht, relativ einfach daran anzuschließen. Zu solchen Überzeugungen gehören jene wie: ausschließlich Mann und Frau bilden die Familie, Demokratie bedeutet die Artikulation des direkten Volkswillens, der Islam gehört nicht nach Deutschland, Migranten passen nicht in unsere Gesellschaft (S. 25 ff., S. 29).

Der zweite Teil „Diskurse und Medien“ ist mit insgesamt fünf Artikeln der gewichtigste. In *Margarete Jägers* „Skandal und doch normal. Verschiebungen und Kontinuitäten rassistischer Deutungsmuster im deutschen Einwanderungsdiskurs“ wird die Diskussion um Zuwanderung in der Bundesrepublik von der Nachkriegszeit bis zum Jahr 2010 (*Sarrazin-Debatte*) nachgezeichnet. Mit dem Regierungswechsel 1982 sei es zu einer konservativen Wende gekommen. Medial öffentlich artikulierter Rassismus sei salonfähig und erst mit der rot-grünen Koalition ab 2000 wieder eingefroren worden. Mit der originellen Rede „Flucht, Sex, Diskurs“ ist *Paul Mecheril* im Sammelband vertreten. Hier wird Migration definiert, als der Versuch, Einfluss auf das „je eigene Leben zu nehmen“ (S. 101) und in eine Linie mit dem Aufklärungsimperativ *Immanuel Kants* gebracht. Migranten seien mutig, sie bedienen sich, bei dem Versuch ihr Leben zu verbessern, ihres eigenen Verstandes (S. 101). Auch stellt er Gegenzählungen auf wie die über den vierjährigen bosnischen Flüchtling, der im Jahr 2015 von einem 32-jährigen Brandenburger entführt, sexuell missbraucht und getötet wurde. *Mecheril* möchte damit auf das Problem generell männlich konnotierter Gewalt aufmerksam machen, es vom Thema Migration abkoppeln. Er verdeutlicht dies weiter, indem er eine Studie des Bundesfamilienministeriums anführt, wonach 58 Prozent der Frauen in Deutschland aussagen, schon einmal sexuell belästigt wor-

den zu sein (S. 102). Über diesen Rahmen hinausgehend analysiert *Juliane Lang* in „Wider den Genderismus! Extrem rechte Geschlechterpolitiken“ den Versuch rechter Parteien, den Pluralisierungsschüben der vergangenen Jahrzehnte eine rigide Geschlechterordnung entgegenzusetzen. Ihr Ziel sei es, gesellschaftspolitische Werte hin zu traditionellen, streng heteronormativen Verhältnissen zu verschieben (S. 107). Den Abschnitt schließen die Beiträge von *Volker Weiß* und *Rolf van Raden* ab – beide mit interessanten und bereichernden Einblicken in die zeitgenössische politisch mediale Debatte. *Weiß* beschäftigt sich mit der Figur des Gutmenschen und verweist auf dessen lange Tradition. Über *Gustav Flauberts* „Wörterbuch der Gemeinplätze“ aus dem 19. Jahrhundert, *Victor Klemperers* „Wörterbuch des Unmenschen“ von 1957 bis in die Gegenwart hat sich der semantische Gehalt des Begriffs deutlich verändert (S. 125). *Van Raden* zeigt im Rahmen seiner Analyse, dass der Lügenpresse-Begriff auf umfassende Welterklärungsmodelle verweist, die im Kern Verschwörungskonstruktionen sind (S. 143).

Im dritten Teil „Gegenstrategien in Bildungsarbeit und Alltag“ umreißt *Floris Biskamp* die Bedingungen und Möglichkeiten politischer Bildungsarbeit. Spezifischer fragt *Eva Georg* nach den Grundlagen und Herausforderungen explizit rassistuskritischer Bildungsarbeit. Abschließend unterstreicht *Christopher Vogel*, dass es in Deutschland ein extrem schwieriges Unterfangen ist, über Rassismus zu sprechen.

In Einleitung und Schluss kommen die Herausgeber des Sammelbands selbst zu Wort. Ihr Plädoyer richtet sich an Parteien, den rechtspopulistischen Agitatoren nicht die Themen zu überlassen, die eigentlich ihnen gehören: Wohnungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Steuerpolitik und Bildungspolitik. Über diese müsse wieder politisch statt populistisch gestritten werden.

Die Beiträge sind verständlich und durchaus unterhaltsam geschrieben. Einzig kritisch zu bewerten ist, dass im Titel sowie in der Einleitung auf den bundesdeutschen Fokus der Ausführungen hätte verwiesen werden können. Eine Studie zur Entwicklung in anderen Ländern der Europäischen Union oder eine übergreifende Perspektive fehlt leider vollständig.

Der 220 Seiten starke Band geht auf die Kasseler Ringvorlesung gegen Rechtsextremismus zurück, die seit 2012 jährlich mit wechselnden thematischen Schwerpunkten aufwartet. Es ist zu hoffen, dass dieses Format auch anderweitig adaptiert wird und das Buch weite Verbreitung findet. Der zeitgenössischen Debatte um Rechtspopulismus und Rechts extremismus würde es über allen Maßen gut tun.

Juliane Victor

Auseinandersetzung mit Extremismus: etablierte Forschung und politische Bildung

Backes, Uwe, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D), 28. Jahrgang 2016, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017, 540 Seiten, € 98,-.

Altenhof, Ralf, Sarah Bunk und Melanie Piepenschneider (Hrsg.): Politischer Extremismus im Vergleich (Schriftenreihe politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 3), Lit Verlag, Münster 2016, 408 Seiten, € 44,90.

Das „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“ ist mittlerweile eine wohletablierte Stimme in der deutschen Politikwissenschaft. Auch sein 28. Band hält mit insgesamt 85 Beiträgern in

Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 3/2017, S. 724 – 726, DOI: 10.5771/0340-1758-2017-3-724

unbestechlicher Weise die seinen Kritikern so unliebsame Äquidistanz zu den Gegnern von Freiheit und Demokratie jeglicher Couleur. Im ersten Beitrag wird von *Eckhard Jesse* noch einmal der historisch gewordene Extremistenbeschluss aus dem Jahre 1972 aufgearbeitet, zentraler Topos der unter dem Etikett „Radikalenerlass“ geführten Diskussion um „Berufsverbote“, „Duckmäusertum“ und „Gesinnungsschnüffelerei“ (S. 13 – 34). Die hierzu einst von kommunistisch organisierten oder beeinflussten Gruppierungen aufgestellten Behauptungen weist *Jesse* – ungeachtet mancher opportunistischer Äußerung etlicher Sozialdemokraten – als weder empirisch belegt noch in sich logisch konsistent zurück.

Auch *Jürgen Falter* greift mit der Mitgliederentwicklung der NSDAP auf frühere Publikationen und damit seine besondere Expertise zurück. Im Ergebnis tritt er aufgrund seiner Daten und Einschätzungen der These entgegen, dass die NSDAP eine kleinbürgerliche Partei, die Arbeiterschaft aber gegenüber dem Werben der Nationalsozialisten weitgehend immun gewesen sei (S. 35 – 63).

Methodisch reflektiert legt *Matthias Garbert* eine vergleichende, an *Donatella Della Porta* orientierte Studie über das Wachsen extremistischer Gewaltbereitschaft bis hin zu schwersten geplanten oder realisierten Verbrechen wie jenen der islamistischen „Sauerlandgruppe“ und des rechtsextremistischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ vor (S. 65 – 93). Damit markiert er den Übergang vom Extremismus zur Kriminalität. Dagegen widmet sich eine von den Herausgebern ausgewertete Betroffenen- und Expertenbefragung der „Alternative für Deutschland“ als einem „schillernde[n] Phänomen“ (S. 135) zwischen legitimer politisch-inhaltlicher Kritik, Gegnerschaft zur politisch-gesellschaftlichen Funktionselite und problematischen bis inakzeptablen fremdenfeindlichen, rassistischen oder antisemitischen Äußerungen. Den Erfolg der Partei erklärt *Werner J. Patzelt* aus einer „Repräsentationslücke, welche die CDU fahrlässig zum rechten Rand hin hatte aufreißen lassen“ (S. 132). Markieren NSU und AfD die Breite des analysierten Feldes nach rechts, vergleicht *Isabelle-Christine Panreck* unter Bezugnahme auf theoretische Ansätze *Chantal Mouffes* anhand der Wochenzeitungen „Freitag“ und „Junge Freiheit“ linke und rechte Darstellungen der deutschen Haltung zur Libyenfrage 2011.

Zuverlässig erfüllen *Eckhard Jesse*, *Uwe Backes* und *Alexander Gallus* auch im vorliegenden Band ihre Chronistenpflicht, über Wahlen, Organisations- und Sonderentwicklungen – diesmal: „die europaweite Parteienskepsis“ – zu informieren.

Werner Müller lässt 60 Jahre nach dem Verbotsverfahren gegen die KPD sowohl deren Argumentation als auch diejenige der Bundesregierung als problematisch erscheinen und redet vorsichtig einer Amnestierung ehemals verurteilter Kommunisten das Wort (S. 175–187). Neben den historisch orientierten Reflexionen stehen Auseinandersetzungen mit aktuellen Problem- und Bedrohungslagen demokratischer Systeme, so etwa mit *Marc Brandteters* Analyse zweier rechtsextremistischer Parteineugründungen (S. 188 – 206), *Benjamin Onaschs* Beschäftigung mit dem dschihadistischen Terrorismus und dessen Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland (S. 207 – 224), *Jürgen Langs* Portraitureung des Publizisten *Jürgen Elsässer* als eines wandelbaren Extremisten (S. 225 – 240), die Präsentation eines Parteiblattes der „Christlichen Mitte“ (*Alexander Kühn*, S. 263 – 275), außerdem eine Darstellung extremistischer Potentiale in der Türkei (*Gülden Hennemann*, S. 241 – 262).

Der umfangreiche Literaturteil ist einmal mehr breit-orientierend angelegt und mit Sammel-, Haupt- und Kurzrezensionen, Literaturbericht, Essay, Kontroversbesprechung und anderem ebenso differenziert wie prominent besetzt. Als Frühwarnsystem für Entwicklungen an den Rändern demokratischer Systeme bleibt das Jahrbuch unverzichtbar.

Die Herausgeber der zweiten anzuzeigenden Veröffentlichung verfolgen ein politisches Bildungsinteresse, für das sie einen Sammelband zusammengestellt haben, in dem sowohl bekannte Extremismusforscher als auch jüngere Kräfte und Behörden-, Kommunikations- und Didaktikexperten zu Wort kommen. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung bekennen sich die Editoren ausdrücklich zum „antiextremistischen Grundkonsens“, der zur Ablehnung von Islamismus, Links- und Rechtsextremismus führen müsse (S. 9). Dabei differenzieren sie sorgfältig zwischen radikalen und extremistischen Strömungen wie auch zwischen Populismus als einer Strategie und Extremismus als verfassungsfeindlichem Inhalt (S. 11), was indes nicht in jedem Beitrag in gleicher Weise gelingt. Das didaktische Ziel des Bandes sehen die Verantwortlichen darin, „Ambiguitätstoleranz zu fördern und Meinungsvielfalt als Gewinn zu vermitteln“ (S. 15). Die folgenden 14 Beiträge sind in die Kapitel „Überblick politischer Extremismus“ (sic!), „Prävention“, „Radikalisierung“ und „Antisemitismus als extremismusübergreifendes Phänomen“ gegliedert. Abgesehen von der sprachlich misslungenen ersten Überschrift stehen die Themen anders als der Buchtitel eher für spezifische Einzelaspekte als für eine Gesamtdarstellung des Extremismus.

Holger Münch eröffnet das erste Kapitel mit einem Beitrag zur politisch motivierten Kriminalität (S. 27 – 44), ein Themenkreis, der von *Eckhard Jesse* mit Bezug auf *Horst Mahler* und *Ulrike Meinhof* (S. 237 – 262) und hinsichtlich des Verhaltens von Linksradikalen und -extremisten von *Klaus Schroeder* (S. 263 – 293) im dritten Kapitel ebenfalls angesprochen, von extremistischen Haltungen aber unterschieden wird. Grundsatzorientiert, gleichwohl exemplifizierend stellt *Armin Pfahl-Traughber* variantenreich die vergleichende Extremismusforschung vor (S. 45 – 73), wobei er (ebenso wie *Schroeder*, S. 266) „vergleichen“ strikt von „gleichsetzen“ unterscheidet (S. 51 f.) – angesichts eines mittlerweile bis ins Grundgesetz (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 n.F.) gehenden Fehlgebrauches ein sehr nötiger Hinweis.

Dem Bildungsanliegen des Bandes entsprechend widmen sich weitere Artikel biographischen Aspekten einschließlich von Adoleszenzproblemen und Möglichkeiten, ein Abgleiten in eine immer weiter gehende Radikalisierung zu verhindern. Werden hierbei insbesondere Entwicklungen im islamistischen Bereich analysiert, bietet das Sammelwerk abschließend mit der Beachtung des Antisemitismus als Teil extremistischen Bewusstseins eine besondere Facette für die weitere öffentliche Diskussion.

Jürgen Plöhn

Zwei grundverschiedene Biographien: nicht Baader und Meinhof, sondern Mahler und Ensslin

Fischer, Michael: Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuchen deutscher Schulabwehr (Europäische Kultur und Ideengeschichte, Band 9), KIT Scientific Publishing, Karlsruhe 2015, 529 Seiten, € 43,-.

Gleichauf, Ingeborg: Poesie und Gewalt. Das Leben der Gudrun Ensslin, 3. Druckauflage, Klett-Cotta, Stuttgart 2017, 350 Seiten, € 22,-.

Gemeinhin ist von der *Baader-Meinhof*-Gruppe die Rede, wenn jene terroristischen Aktivitäten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gemeint sind, die die

Bundesrepublik in Angst und Schrecken versetzten.¹ Auf Fahndungsplakaten standen diese Namen, nicht jedoch von der *Mahler-Ensslin*-Gruppe. Diese vier Personen zählten zu den führenden Köpfen der ersten Generation der Roten Armee Fraktion, wie sie sich selber großspurig zu bezeichnen pflegte. *Horst Mahler* wurde bereits im Oktober 1970 gefasst, danach *Andreas Baader* im Mai 1972, *Gudrun Ensslin* Anfang Juni 1972 und eine Woche später *Ulrike Meinhof*. Über *Meinhof* wurde viel, zum Teil Mythisierendes, geschrieben², und auch über *Baader* liegt eine Biographie vor.³ Hingegen gab es über *Horst Mahler* und *Gudrun Ensslin*, beide Stipendiaten der Studienstiftung des deutschen Volkes⁴, keine größere Biographie. Ließe sich nicht auch von der *Mahler-Ensslin*-Gruppe sprechen? Schließlich steht die Intellektualität *Mahlers* nicht hinter der *Meinhofs* zurück⁵, und *Ensslins* rigorose Kampfbereitschaft kann mit der *Baaders* mithalten.

Die erste umfassende politische Biographie zu *Horst Mahler*, dem früheren Linksterroristen und heutigen Rechtsextremisten, geht chronologisch vor und vermittelt viele neue Einsichten, weniger zu seinem Leben, mehr zu seiner politischen Ausrichtung und den Gründen dafür. Die quellengesättigte Dissertation *Michael Fischers* stellt Zusammenhänge her zwischen *Mahlers* Position und dem problematischen Umgang mit der NS-Vergangenheit und orientiert sich dabei an dem Ansatz *Thomas Haurys*.⁶

1936 in Haynau/Schlesien geboren, war *Mahler* anfangs Mitglied einer schlagenden Verbindung, später Mitglied der SPD (1957 bis 1962), in Berlin zunächst ein erfolgreicher Jurist, der sich, obwohl bereits radikal (seine langjährige, so nicht hinreichend bekannte marxistisch-leninistische Position wird intensiv nachgezeichnet), weiter radikalisierte. Er verteidigte während der Studentenbewegung unter anderem *Rudi Dutschke*, *Beate Klarsfeld*, *Dieter Kunzelmann* und *Fritz Teufel*, auch den Kaufhausbrandstifter *Andreas Baader*. Das Gründungsmitglied der in den Untergrund abgetauchten Roten Armee Fraktion – das Votum für den Untergrund konnte nach *Fischer* keineswegs überraschen, da *Mahler* Gewalt zuvor nur aus taktischen Gründen abgelehnt hatte, – avancierte Jahre nach seiner Verhaftung zu einem Sympathisanten der maoistischen KPD, löste sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre davon und wurde wieder Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei (ab 1988). Ende der neunziger Jahre erfolgte eine Radikalisierung nach rechts. Er trat der NPD bei (2000 bis 2003), verteidigte sie in Karlsruhe, verließ die Partei jedoch nach dem Scheitern des (ersten) Verbotsantrages, da sie am Parlamentarismus ausgerichtet sei. In der Folge mit

- 1 Das Referenzwerk ist noch immer *Stefan Aust*, *Der Baader Meinhof Komplex*, Hamburg 1985 (aktualisierte Ausgabe: Hamburg 1998); siehe auch *Tobias Wunschik*, *Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF*, Opladen 1997.
- 2 Vgl. kritisch *Kirstin Wesemann*, *Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie*, Baden-Baden 2007. Unkritisch *Jutta Ditfurth*, *Ulrike Meinhof. Die Biografie*, Berlin 2007.
- 3 Vgl. *Klaus Stern* / *Jörg Herrmann*, *Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes*, München 2007.
- 4 Das gilt auch für *Ulrike Meinhof*. Vgl. jetzt (mit vielen neuen Einzelheiten) *Alexander Gallus*, *Meinhof, Mahler, Ensslin. Die Akten der Studienstiftung des deutschen Volkes*, Göttingen 2016.
- 5 Vgl. *Eckhard Jesse*, *Radikalisierung: Das Beispiel von Horst Mahler und Ulrike M. Meinhof*, in: *Ralf Altenhof* / *Sarah Bunk* / *Melanie Piepenschneider* (Hrsg.), *Politischer Extremismus im Vergleich*, Berlin 2017, S. 237 – 262.
- 6 Vgl. *Thomas Haury*, *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalsozialismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002.

offen antisemitischen Positionen auftretend und den Holocaust leugnend, wurde *Mahler* 2009 zu einer Haftstrafe von zwölf Jahren verurteilt, die bis heute andauert. Zeitweise Haftverschonung erhaltend, entzog er sich im April 2017 dem Antritt des Rests seiner Strafe durch Flucht ins Ausland.

Was Zeichen eines hohen Maßes an Diskontinuität zu sein scheint, lässt der belesene Autor so nicht gelten. Fluchtpunkt von *Mahlers* Position sei der Versuch, „die diffus empfundene Schuld bezüglich der Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft beziehungsweise der Shoa zu ‚bewältigen‘, das heißt zu relativieren und abzuwehren“ (S. 370). *Fischer*, der sich dagegen ausspricht, *Mahler* wegen seiner narzisstischen Geltungssucht zu pathologisieren⁷, führt als Beleg für Kontinuität Antisemitismus, Antiamerikanismus und Antiparlamentarismus an. Für *Mahler* mit seiner Orientierung an verschwörungstheoretischen Elementen trifft dies in der einen oder anderen Weise zu, obwohl *Fischer* überzieht, wenn er etwa schreibt, das Engagement des 13-Jährigen (!) in der FDJ lasse bereits das Bemühen erkennen, „die diffus empfundene Schuld an den Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere der Shoa, zu kompensieren“ (S. 38). Und die folgende These, die nahezu auf eine Verallgemeinerung hinausläuft, dürfte erst recht nicht haltbar sein: „Sein antiamerikanisches Ressentiment, sein strukturell antisemitischer Antizionismus können als durchaus repräsentativ für eine Mehrheit der ehemaligen Protestbewegung der 1960er als auch der radikalen Linken der 1970er Jahre gelten“ (S. 366). Da ist die Studie *Manuel Seitenbechers* differenzierter.⁸ Weder dieser noch *Fischer*, der die Gefahr „gesprächstaktischer Verzerrungen“ (S. 25) sah, hat *Mahler* interviewt.

Es mutet paradox an: Der Autor kritisiert eine extremismustheoretisch inspirierte Position, die meint – „die manifesten Unterschiede in solchen Weltbildern verwischend – ein imaginiertes ‚extremistisches‘ Spektrum von einer vermeintlich tugendhaften ‚demokratischen Mitte‘ trennen zu können“ (S. 28). Zum einen verzerrt *Fischer* damit extremismustheoretische Ansätze, zum anderen unterläuft ihm mit seiner Kontinuitätsthese gerade das, was er Extremismusansätzen vorhält: die unterschiedlichen Weltbilder zu verwischen.

Die Vorgehensweise von *Ingeborg Gleichauf* ist anders. Ihre Biographie mokierte sich eingangs über den einen oder anderen Autor, der *Gudrun Ensslin*, in der Tat eine „Schattengehalt“ (S. 8), besserwisserisch einordnet, ohne die Fakten angemessen zur Kenntnis zu nehmen. *Gleichauf*, und das nimmt für sie ein, will jeglicher Spekulation entsagen. *Ensslins* Leben musste nicht als Terroristin enden. Dies ist eine (einleuchtende) Kernthese des Buches. Eine andere, weniger einleuchtende: *Ensslin* sei eine hochbegabte Germanistin gewesen. Die Autorin stützt sich auf *Ensslins* schriftliche Erzeugnisse, um diese gewagte Behauptung zu untermauern. 1940 in Batholomä/Schwäbische Alb als Tochter eines der Bekennenden Kirche nahestehenden Pastors geboren, ist *Ensslin* eine schwer fassbare Person. Die neun jeweils mit einem Zitat betitelten Kapitel sind chronologisch angelegt – von der fröhlichen Kindheit als Pastorentochter über die Studentenzeit in Tübingen und Berlin

7 Zu dieser Perspektive *Eckhard Jesse*, Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: *Uwe Backes / ders.* (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Baden-Baden 2001, S. 183 – 199.

8 Vgl. *Manuel Seitenbecher*, *Mahler*, Maschke & Co. *Rechtes Denken in der 68er-Bewegung?*, Paderborn 2013.

mit zunehmender Radikalisierung und die terroristische Phase in der Freiheit bis zur terroristischen Phase in den Gefängnissen. Dabei spielt *Gleichauf* den Psychoterror zwischen *Gudrun Ensslin* und *Ulrike Meinhof* in einem unvertretbaren Maße herunter, vielleicht wegen *Ensslins* Aggressivität. Lakonisch heißt es: „Die Beziehung der beiden Frauen ist und bleibt bis zum Ende eine schwierige“ (S. 275).

Die flüssig geschriebene und gut recherchierte Studie zeichnet sich durch ein hohes Maß an Empathie aus. Sie versucht, „*Gudrun Ensslin* selbst sprechen zu lassen“ (S. 323). *Gleichauf* überschätzt wohl deren intellektuellen Fähigkeiten, wenn es etwa heißt, sie habe als Schülerin die englische Sprache „perfekt beherrscht“ (S. 57). Sie schaffte im dritten Anlauf die Aufnahme in die Studienstiftung des deutschen Volkes, wobei die Dissertation über den Dichter *Hans Henny Jahn*, der sie fasziniert hatte, ungeschrieben blieb. Der Charakter *Ensslins* schneidet deutlich besser ab als der ihrer Partner *Bernward Vesper*, Sohn eines NS-Schriftstellers, und *Andreas Baader*, der sie in den Terrorismus mitriss. Bei *Ensslin* gab es auch eine rechte Phase, als sie sich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre um die Vermarktung des NS-lastigen Werkes von *Will Vesper*, dem Vater ihres späteren Verlobten, engagiert gekümmert und dabei auch nicht vor Kontakten zu Verlagen aus dem „nationalen Lager“ zurückgeschreckt hatte.⁹ Die Autorin verschweigt diese Episode nicht, erwähnt sie jedoch nur beiläufig.

Am Ende ihres Buches muss *Ingeborg Gleichauf* einräumen, das Leben *Ensslins* werfe weiterhin Fragen auf. Der Buchrücken enthält Beispiele: „*Gudrun Ensslin* – was bewegte sie, was prägte sie und wie war sie wirklich?“ Darauf kann sie keine Antwort geben. *Gleichauf* sieht *Ensslin* im Vergleich zu *Baader* und *Meinhof* als gleichberechtigt in der Gruppe an. Verdient der Verzicht auf psychologisierende Interpretationen Anerkennung, so irritiert mitunter die feministische Perspektive, wenn es etwa mit Blick auf *Ensslin* und *Meinhof* heißt: „Beide agieren immer in Beziehung auf einen Mann oder mehrere Männer. Sie reflektieren ihre Rolle als Frau nur sehr wenig. Der Motor für ihr Handeln ist der Mann. Diesen Motor brauchen sie“ (S. 275). Belege fehlen dafür aber. *Ensslins* Geschwister lehnten es ab, der Biographin Rede und Antwort zu stehen. Umso wichtiger wäre es gewesen, die politischen Rahmenbedingungen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre näher auszuleuchten, etwa die weitverbreitete Ablehnung des Parlamentarismus, ja des demokratischen Verfassungsstaates insgesamt. Ohne diese prägende Phase, die, anders als bei *Mahler*, zu einer Radikalisierung im Zeitraffer führte, bleibt *Ensslins* Verhalten unverständlich.¹⁰

Die Studien könnten trotz der jeweils chronologischen Anlage kaum verschiedener sein. Das gilt weniger für die Qualität. Beide haben ihre Meriten und Schwächen. Bereits die Titel machen die Unterschiede deutlich: auf der einen Seite eine geschichtswissenschaftliche Dissertation, die stark fußnotenlastig ist, auf der anderen Seite eine stark germanistisch inspirierte Analyse, im Grund eher ein Großessay, mit eher wenigen Zitatbelegen. Während *Fischer* hart und negativ urteilt, tut dies *Gleichauf* nicht. Zuweilen schlägt Empathie in Sympathie um, allerdings keineswegs gegenüber der Gewaltretorik oder gar der Gewalt-

9 Vgl. *Gerd Koenen*, *Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus*, Köln 2003, S. 25 – 38.

10 Ob sich das Warten auf die seit Jahren angekündigte Biographie von *Susanne Bressan* über *Gudrun Ensslin* noch lohnt?

anwendung. *Fischers* Stärke liegt in der Erschließung der Fakten zu *Mahlers* Aktivitäten, *Gleichaufs* Stärke im Hineindenken in die Lebenswelt *Ensslins*. *Fischer* interessiert nicht das Privatleben *Mahlers*, sondern nur dessen politisches Handeln, bei *Gleichauf* verhält es sich fast andersherum. Ist bei *Fischer* eine teleologische Sichtweise unverkennbar, wendet *Gleichauf* sich entschieden gegen eine solche Interpretation. Sie schreibt gut, er umfassend, ohne sich um Feinheiten der Sprache zu kümmern – das unschöne Wort „stattfindend“ ist Legion.

In einem Punkt gibt es eine große Gemeinsamkeit: Weder bezieht sich *Fischer* intensiv auf *Ensslin* noch *Gleichauf* auf *Mahler*. Die beiden Personen scheinen sich einigermaßen fremd gewesen zu sein. Die Beziehungen *Mahlers* zu *Baader* und *Meinhof* waren intensiver, die *Ensslins* zu *Baader* und *Meinhof* ebenso, im Guten wie im Schlechten. Solche biographischen Studien liefern wichtige Anhaltspunkte für die Radikalisierung. Die Rätsel, die bleiben, sind nicht den Autoren anzulasten.

Eckhard Jesse